

Wortprotokoll zur Niederschrift über **TOP 26** – Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile – *Grundstücksverkauf in der Gemarkung Stendal, Langobarden-Thüringer Straße A VI/054* und **TOP 27** - *Grundstücksverkauf in der Gemarkung Stendal Langobarden- Thüringer Straße, Flur 60, Flurstücke 1, 84/40 und 91/40 VI/775/1*

TOP 26 - Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile – Grundstücksverkauf in der Gemarkung Stendal, Langobarden-Thüringer Straße A VI/054

Herr Stadtrat Ludwig:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadtratskollegen, nur nochmal eine Begründung warum wir den Antrag gestellt haben, der ist ja rechtzeitig auch an alle Fraktionen gegangen und da ist ja eigentlich eine Begründung mit bei.“

Am 26.03.2018 wurde im Liegenschaftsausschuss der Hansestadt Stendal unter VI/775 der Grundstücksverkauf an die PUI GmbH beschlossen.

Am 03.05.2018 teilte das Liegenschaftsamt der Familie Hansel mit,

Die Hansestadt Stendal, ich zitiere: „Die Hansestadt Stendal verkauft das o.g. Grundstück, welches hinter Ihrem Grundstück anliegt, zum Ende diesen Monats. Bei der Begehung dieses Grundstücks stellten wir fest, dass teilweise das Grundstück mit als Gartenland genutzt wird. Sollte ihrerseits eine Nutzung stattfinden, ist bis zum 31.05.2018 das Grundstück zu beräumen.“

Am 06.05.2018 folgerichtig gab es ein Kaufangebot der Familie Hansel für eine Fläche von ca. 150 m². Hier wollte die Familie verhindern, den errichteten Kinderspielplatz und das Carport umsetzen zu müssen. Dies ist zumal in der Stadt Stendal gängig und wird öfter gemacht. Hier nur 2 Beispiele-

Der Kuhlenschlag, von vielen Hausbesitzern städtische Flächen genutzt, wurde verkauft an die Besitzer, als von der Stadt an die Hausbesitzer. Und bei der letzten Liegenschaftsausschusssitzung am 11.06.2018 im OT Buchholz beschlossener Verkauf VI/841, dort hatte einer Familie eine Mauer errichtet auf städtischen Boden und damit sie die nicht abreißen mussten, wurde ein Grundstücksausgleich getroffen.

Am 15. Mai 2018 verwies Familie Hansel auf die Verfahrensweise in der Langobardenstraße hin.

Hier wurde unter VI/738 an die Familie Ebnetter zum Preis von 50€/m² 430m² verkauft.

Am 24.05.2018 wurde ein erneuter Kaufantrag der Familie aus der Frankenstraße gestellt. In diesem Antrag wurde auch ein Kaufantrag für die gesamte Fläche von 13.932 m² gestellt. Familie Hansel gab ein Angebot von 150.000€ ab.

Ich zitiere: „ Für den Fall, dass die von uns erwünschte und für die Stadt einträglichere Kaufoption trotz unserer Begründung nicht möglich ist, beantragen wir den Kauf der gesamten Fläche, wie sie im Baulandkataster ausgewiesen ist für 150.000 €“

Das bedeutet, dass spätestens ab dem 24.05.2018 die Verwaltung, bzw. Frau Tüngler, von einem viel höheren Angebot Kenntnis hatte. Dieses wurde den Stadträten vorenthalten. Anfragen von mir konnten aufgrund von Urlaub der Mitarbeiterin im Mai nicht beantwortet werden. Eine Bitte um Rückruf blieb unerhört. Bei einer erneuten Anfrage bei Frau Tüngler bekam ich die Antwort, dass bereits am Freitag, also einen Tag später, der Kaufvertrag beim Notar geschlossen werden sollte, doch dazu kam es nicht, weil der Anbieter in Form von PUI GmbH beim Notartermin am 25. Mai 2018 den Kaufvertrag nicht unterschrieb, sondern die Geschäftsführer Herr Karsten Rahmsdorf und Herr Heiko Wichmann das Grundstück und als PUI GbR den Kauf abwickeln wollten. Das neue Angebot der PUI GbR ist damit einen Tag später als das Angebot der Familie Hansel gekommen. Da dessen Form rein rechtlich einen neuen Anbieter darstellt und wir mittlerweile auch von einem viel höheren Angebot, dem

Angebot der Familie Hansel i.H. von 150.000 € wissen, liegt es nahe den Antrag IV/775 abzulehnen. Wir haben heute die Möglichkeit mit dem Antrag der Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile die gemachten Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und für alle Anbieter eine faire Ausschreibung zu machen. Mit unserem Antrag wollen wir zukünftig alle Immobilienverkäufe, die nicht bereits von Anwohnern oder Bewohnern gemacht wurden, in diesen Fällen sind die Personen zum Bodenrichtwert, jedoch mindestens zu unseren Buchwerten entsprechenden Teil des Grund und Boden zu veräußern, werden meistbietend und transparent veräußert.

Die Beschlussvorlage VI/775/1 Grundstücksverkauf in der Gemarkung Stendal, Langobardenstraße-Thüringer Straße in der Flur 60 des Flurstück 1 mit einer Größe von 4834m² das Flurstück 84/40 mit der Größe von 127m² und das Flurstück 91/40 mit der Größe von 8971m², gesamt somit 13932m² gemäß dem beiliegenden Lageplan zum Preis von 100.000€ sollte daher abgelehnt werden und die Rücknahme des Beschlusses VI/775 erfolgen.

Der Kaufantrag der Familie aus der Frankenstraße vom 06.05.2018 sollte geprüft und bei Vorliegen aller notwendigen Voraussetzungen positiv beschrieben werden.

Ferner ist zu prüfen, ob weitere Anlieger, die bereits Überbauungen vorgenommen haben, die absolut notwendigen Bodenteile erwerben wollen.

Die Verwaltung sollte daher beauftragt werden zu prüfen, wie hoch die Kosten der Erschließung der Flächen als Bauland und deren Vermarktung durch die Hansestadt Stendal bei eigenem Verkauf und eigener Vermarktung sind. Auch hier denke ich an den Haushalt, sollte das Ergebnis eine nicht kostendeckende Erschließungs- und Vermarktungsmöglichkeit durch die Hansestadt Stendal sein, wird die Grundstücksfläche nach Abzug der beantragten Fläche der Anlieger durch die Verwaltung zum Kauf ausgeschrieben und an den Meistbietenden verkauft. Mit diesem Beschluss werden wir als Stadträte und die Verwaltung der Verantwortung des Haushalts gerecht und berücksichtigen die Interessen der Anlieger sowie der Bauwilligen der Hansestadt Stendal. Bei einer erneuten Ausschreibung haben die gegründete GbR und die Familie Hansel sowie Dritte auch die Möglichkeit ein neues Angebot abzugeben. Bei einem Kaufpreis derzeit von 7,10€/m² durch die PUI für die Nachnutzung als Bauland würde sicherlich auch die Kommunalaufsicht aufhorchen.

Für die Abstimmung beantragt unsere Fraktion namentliche Abstimmung – Ich bedanke mich.“

Herr Stadtrat Röxe:

Also das Ansinnen zunächst mal ist löblich. Wenn wir 50.000,00 € mehr erzielen könnten als das bisherige Angebot aussagt, dann hätten wir zumindest die etwas über 45.000,00 € Minus für die Eisbahn vielleicht schon bezahlt, die im Jahr 2017/2018 entstanden sind. Also von daher ist das nachzuvollziehen, auch, dass es vorher keine öffentliche Ausschreibung gab. Es wäre aus meiner Sicht zu hinterfragen, warum das so der Fall ist. Wogegen wir uns allerdings wehren ist, dass sich eine komplette Fraktion, es gibt Bedienstete in der Verwaltung die sagen dazu Partikularinteressen, sich nur weil ein Mitglied des Stadtrates zufällig ein Arbeitskollege eines Interessenten ist, in einer solchen Art und Weise einen solchen Antrag in den Stadtrat einbringt und das nachdem bereits der Liegenschaftsausschuss entschieden hat. In einer anderen Fraktion haben wir uns in der Vergangenheit immer gegen solche Partikularinteressen gewehrt und das haben wir gemeinsam gemacht, die SPD-Fraktion und andere, auch wir. Das wollen wir auch in diesem Fall nicht gelten lassen. Die Fragen, die hier gestellt wurden sind berechtigt, die sollten vom Oberbürgermeister beantwortet werden. Bevor es eine namentliche Abstimmung gibt, würde ich noch um eine kurze Auszeit bitten, damit sich die Fraktionen noch einmal verständigen können, nachdem wir die Antworten des OB z. B zu der Nichtausschreibung oder der Differenz der Kaufsummen bekommen. Wogegen ich mich auch wehre, solange der Punkt 3 in diesem Antrag enthalten ist, werden wir diesen Antrag nicht zu stimmen.

Stadtrat Dr. Faber:

Ich muss ganz deutlich sagen, ich saß auch ein paar Jahre im Liegenschaftsausschuss, wenn wir hier Bauland für 7,10 €/m² an den Mann bringen, dann frage ich mich doch, was hier eigentlich los ist. Der Antrag ist ja bewusst so formuliert, dass man keine gegenteilige Entscheidung trifft, für diese Familie, die 150.000,00 € zahlen will, sondern dass man sagt, man hat hier offensichtlich ein nicht optimal verlaufenes Verfahren. Wir setzen das Verfahren jetzt erneut auf und jeder beider Parteien aus diesem Verfahren, auch jeder Dritte, kann sich da gern äußern und als Bieter auftreten und ich bin da eigentlich sehr zuversichtlich, dass wir als Stadt da mehr als 7,10 €/m² bekommen. Ob wir dann die Eisbahn bezahlen oder 1-2 Grillplätze bezahlen, ich denke ihnen fällt da bestimmt etwas ein, dass wir das Geld dann an den Mann bringen.

Herr Stadtrat Instenberg:

Ich würde mal zwei Problemkreise beschreiben, die sich an dieser Beschlussvorlage entzünden. Warum beharrt die Verwaltung an den Verkauf des kompletten Grundstücks an einen Bewerber und der einzelne Benutzer, der jetzt schon kleine Flächen nutzt, wird aufgefordert alles zu räumen. Man hätte doch sagen können die 130 m² bekommt der für seinen Carport und der Rest wäre zu veräußern gewesen, das ist die Problematik. Das müssten sie uns mal erläutern, warum so verfahren wird.

Der 2. Punkt ist vielleicht viel kritischer. Wenn wir Baugrundstücke haben, die im Baukataster ausgeschrieben sind – wäre es nicht transparenter zu sagen, wir schreiben die Flächen komplett aus? Wir bieten die Flächen öffentlich an und jeder kann mitbieten, man kann ja Bieterbedingungen mit reinnehmen z.B. sie sollten aus der Region sein, kann man alles formulieren. Man sollte transparent mit solchen Grundstücken umgehen, dass also nicht der Vorwurf entsteht, einzelne Stadträte hätten Einzelinteressen und versuchen hier etwas durchzusetzen. Uns geht es um die generelle Transparenz, wie gehen wir mit städtischen Flächen um. Dazu ist das ein Beispiel, wie es nicht laufen darf und das sollten wir heute mit dem Stadtratsbeschluss korrigieren. Man kann das gerne auch noch einmal zurückstellen und überlegen über welche Konditionen verhandeln wir hier, dass wir hier keinen Schnellschuss machen, aber so wie es angedacht war einfach durchzuziehen und alle anderen interessieren uns nicht, das sollten wir hier nicht praktizieren.

Herr Stadtratsvorsitzender Weise:

Eine Frage an sie und Herrn Stadtrat Ludwig – Sie erwecken hier den Anschein, als wenn eine Familie das Grundstück legal nutzt. Ich verstehe es aber so, dass da illegal ein Carport drauf steht und es natürlich keine Nutzungsgenehmigung der Stadt dafür gibt, oder?

Herr Stadtrat Kirchbach:

Ich möchte gerne noch einmal auf das Thema eingehen – warum wird der Anlieger jetzt mit seinem Carport oder Spielplatz übergangen, das erschließt sich mir nicht -. Herr Stadtrat Ludwig hat selber aufgeführt, wie 2 Anlieger die dort den Garten gepachtet haben zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Baulandkataster, die Stadt angesprochen und die Flächen dann regulär erworben haben. Das hätte auch der betroffenen Familie genauso offen gestanden, dies zu tun. Das sie dann erst kommen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Was würden sie machen, wenn der Vertrag rechtskräftig gewesen wäre? Gleiches irritiert mich, da muss ich sie einmal fragen, ob sie sich überhaupt einmal angeschaut haben von was für einem Gelände wir reden. Wir reden hier nicht von Bauland, das ist reiner Acker, der deutlich auch unter Geländeniveau, Grenzbebauung liegt. Da werden 1 Mio. € Erschließungskosten kalkuliert, da sind 7,10 € nicht mit reinem Bauland vergleichbar, denn es ist nicht bebaubar. Dieser Wert von 7,10 € ist übrigens auch gutachterlich festgestellt, von einem Gutachter den die Stadt ausgesucht und beauftragt hat. Deshalb frage ich mich, warum wir hier diskutieren und auf Antrag von jemanden, der uns nicht einmal sagt, ob er es erschließen will, sondern ob er für 150.000 € Gartenland kaufen will weiter diskutieren. Wir haben ein Unternehmen, das einen VEP beantragt hat, einen Erschließungsplan hat, das sagt, wir wollen Bauland für Familien schaffen, wir wollen 12

Baugrundstücke schaffen. Und das ist das, wovon ich immer den Eindruck hatte, dass wir das als Fraktion immer gewollt haben, dass Bauland geschaffen wird und das Grundstück in Nord, das beliebteste Baugebiet bei uns und genau das versprechen uns die Investoren hier.

Herr Stadtrat Schirmer:

Ich habe auf diesen Antrag auch unterschrieben, aus einem ganz einfachen Grund. Mir geht es nicht um diese Familie ganz speziell, ich sehe das genau so, wer das überbaut, muss damit rechnen, dass es irgendwann zurück gebaut werden muss. Was mich wirklich sehr irritiert ist die Transparenz. Ich hatte das auch im Finanzausschuss als Vorsitzender noch mal vorgetragen. Es kann nicht sein, dass wir bestimmte Sachen, wie Sandberg usw. ausschreiben. Herr Kirchbach hat das richtig gesagt, das ist ein sehr beliebtes Wohngebiet. Das dort noch viel zu machen ist, ist keine Frage, aber wir reden von 7,17 €, laut meinem Taschenrechner, also einer sehr geringen Summe. Mir ist das völlig egal wer das kauft, ich gönne es den anderen Leuten auch. Ich habe auf diesem Antrag unterschrieben, mir war wichtig, dass wir eine grundsätzliche Regel finden, wie wir damit umgehen, wenn die Argumente, das Baukataster liegt ja vor, da kann man reinschauen. 1. Habe wir in den letzten Gesprächen die wir hatten gelernt, dass das Kataster nicht verlässlich ist. Wollen wir das vielleicht bloß als Gartenland nutzen, wir würden 50.000 € mehr einnehmen, würde aber kein Bauland werden, dann haben wir die Wahl. Aber was nicht sein kann und deshalb finde ich das redlich Herr Oberbürgermeister, dass der Liegenschaftsausschuss das in den Stadtrat verwiesen hat, weil sonst viele, wie ich, da gar nicht so tief in dieser Thematik involviert worden wären. Ich finde es gut, dass wir heute hier darüber reden und das das vielleicht der Anstoß ist für eine Regelung alles transparent und mit maximalem Ertrag zu organisieren. Und wenn wir dann nur 100.000 € bekommen, dann ist das so. Ich bin auch dafür den Preis für Bauland zu reduzieren, wenn er dann eben nur Gartenland daraus machen möchte. Wenn wir aber sagen es geht nach dem Preis und es liegt uns was vor und danach nicht handeln, das geht nicht.

Herr Stadtrat Twartz:

Ich möchte gar nicht zu den gesagten Einzelheiten sprechen, sondern unter der Überschrift – Wie gehen wir in der Stadt Stendal mit Investoren um? Im März hat der Liegenschaftsausschuss beschlossen an die PUI GmbH das Grundstück zu verkaufen. Sie haben natürlich auf Vertrauen den Bebauungsplan erstellt. Dann gab es ein steuerliches Problem, wo gesagt wurde, es wäre günstiger das als GbR zu erwerben und nicht als GmbH, alles verständlich, es sind die gleichen Investoren. Jeder hat die Chance gehabt, das Grundstück zu erwerben. Wir lernen im Nachhinein, dass es Biotope gibt oder Sowas. Das heißt, das ist nicht das öffentliche Register wo man sich Auskunft holen kann und das ist auch nicht so, dass man die Adresse rausbekommt von den Eigentümern, sondern man darf sich dort wohl 3 Sachen aussuchen, wenn man bauen möchte und dann wird das weitergeleitet an den Eigentümer. Wenn der Eigentümer nicht antwortet, wozu er nicht verpflichtet ist, kriegen sie keine Antwort. Also mir geht es darum, was spricht dagegen, gerade weil wir hier die rechtliche Möglichkeit haben das auszuschneiden. Wir sind verpflichtet den Wert der Stadt Stendal bestmöglich zu wahren und deshalb habe ich auch geschrieben mindestens der Buchwert, das wäre die Untergrenze. Ich habe auch drauf verwiesen, dass auch baurechtliche Dinge mit reinkommen. Z.B., dass sie sagen – wir brauchen Bauland. Aber das Ding hier hat einfach Beigeschmack. Wir reden hier von 13.000m² für 100.000 €, wie Gutachten entstehen, darüber möchte ich mich gar nicht auslassen. Fakt ist, niemand weiß, ob hier der höchste Wert für die Stadt erzielt worden ist. Wenn es stimmt, dass die Familie, wofür auch immer, diese 150.000€ geboten hat. Bevor in dieser neuen Rechtskonstellation der alte Bieter erneut ein Kaufangebot abgeben hat, davon müssen wir ausgehen. Dann hätte die Verwaltung die Erkenntnis, dass wir 50.000 € hätten verlangen können. Es hätte sich dann gehört, den Liegenschaftsausschuss zu informieren. Wie sind wir überhaupt auf die Idee gekommen die Langobarden Straße erwerben zu wollen – über das Baukataster. Wenn das jemand da über Jahre illegal benutzt hat, illegal oder ähnliches und jetzt hellwach ist, weil jemand erwerben will und jetzt sage jetzt will ich mal schnell. Er hat die Zeit gehabt das rechtlich in die Reihe zu bringen. Alles was hier gesagt

wurde ist völlig richtig, Herr Ludwig. Natürlich gibt es Dinge, wo die Stadt sagt wir gleichen das, aber es gab ja keinen Antrag vor März, als es zum Verkauf stand. Erst als es bekannt wurde, sind alle hochgekommen und sagen, ich will auch. Ich muss hierzu sagen, dass wir gar nicht über den Preis reden brauchen. Wie wir das zukünftig handhaben, sollten wir jetzt aus der Sache unsere Lehren ziehen. Der Investor hat sich immerhin dazu verpflichtet 12 Einfamilien- und Doppelhäuser zu schaffen, da kann ich nicht einfach sagen, ich biete mal ein bisschen mehr damit der Kaufvertrag nicht zu Stande kommt, ich mache aber nichts damit. Man muss ja auch die Bedingungen unter denen der Kaufvertrag zustande kommen sollte oder wie der Beschluss zu Stande gekommen ist, den Anderen zur Kenntnis geben. Und wer das Gelände kennt, ich habe das mir mal angeschaut, naja – ich hätte es nicht gekauft. Was da für Erdmassen zu bewegen sind, ist schon enorm. Dass der eine oder andere Bewohner ein Problem damit hat, dass da jetzt gebaut werden soll, dafür habe ich Verständnis. Aber jetzt haben wir schon mal einen Investor, der diese Baugrundstücke schaffen will und endlich unseren Beschluss den wir beschlossen haben – 50 Baugrundstücke zu bestellen. Jetzt haben wir einen und verprellen ihn. Ich will nicht von den rechtlichen Dingen sprechen, die noch auf uns zu kommen, ich finde es gut, dass ein Antrag auf namentliche Abstimmung zu diesem Antrag gestellt wurde. Es gibt ja schließlich auch eine Haftungsfrage, die in der Kommunalverfassung steht. Ich kann es nicht bewerten, ich bin kein Jurist. Aus meiner Überzeugung nur noch einmal, es gab die Chance, jemand hat sie genutzt und will dieses Gebiet entwickeln, er hat ein Angebot abgegeben, es ist geprüft worden und ein Gutachten wurde erstellt, er hat es erworben, das Einzige, was sich geändert hat, ist die Rechtsform.

Herr Stadtrat Röxe:

Herr Twartz etwas Kurzes sage ich ihnen jetzt. Ich stelle den Antrag auf Grund der vielen offenen Fragen diese Beschlussvorlage zurückzustellen. Der Oberbürgermeister hat angekündigt, dass wir im September einen Sonderstadtrat haben. Ohne Probleme können wir diese Vorlage und im Übrigen alle anderen Vorlagen in diesem Zusammenhang in diesem Stadtrat behandeln. Ich hoffe, dass bis dahin alle offenen Fragen bis dahin beantwortet sind, einschließlich der Haftungsfrage, die terminlichen Abläufe, die hier eine Rolle gespielt haben. Ich erwarte einfach, dies vor einer Beschlussfassung.

Mein Antrag - Vertagung auf die nächste Stadtratssitzung

Herr Stadtratsvorsitzender Weise:

Es gibt einen Antrag der Fraktion DIE LINKE - Bündnis 90/DIEGRÜNEN

Herr Stadtratssitzende Weise fragt nach, ob die der Antrag auf eine kurze Pause weiterhin besteht

Herr Stadtrat Röxe:

Ich gehe davon aus, dass nicht alle Fragen die heute hier aufgeworfen wurden zu beantworten sind. Ich habe auch z. B. das Gutachten nicht, deshalb konkretisiere ich meinen Antrag dahingehend, dass ich beantrage, dass die ehemaligen TOP 20,26,27 vertagt werden, auf den nächst möglichen Stadtrat und das bis dahin alle diesbezüglichen Fragen beantwortet werden.

Herr Oberbürgermeister Schmotz:

Es ist richtig, dass wir dieses Thema auf eine sachbezogene Ebene bringen müssen, aber ich will diesbezüglich noch etwas sagen, dass die Verwaltung hier durchaus ordnungsgemäß gearbeitet hat. Im Liegenschaftsausschuss ist am 06.11.2017 dieses Projekt vorgestellt worden, soweit aus dem Protokoll auch ersichtlich. Dann hat der LA einstimmig beschlossen diese Grundstück an die PUI GmbH zu veräußern. Allein die Tatsache, dass diese

Gesellschaft sich anders strukturiert, hat zur Wiederaufnahme in den Ausschuss geführt, d.h. das war für mich eine zeitlich gerechte Vorinformation. Es war auch eine eindeutige Entscheidung des LA und die Grundstücksverkäufe die hier genannt wurden, haben mit dem eigentlichen Grundstück nichts zu tun, sondern es sind andere Grundstücke von Anliegern gewesen, die schon über Jahre Pachtverträge mit der Stadt über diese Flächen hatten. Die einzige Fläche von der wir keine Kenntnis hatten, weil kein Vertragsverhältnis bestand, war das widerrechtlich genutzte von ca. 150 m². Das dann durch die Betroffenen ein erneutes Angebot gebracht worden ist, das kann man nur zur Kenntnis nehmen. Ob es dann tatsächlich zu einem Verkauf in dieser Größenordnung kommt ist eine Frage, die heute noch keiner beantworten kann. Fakt ist, es ist kein Bauland. Es ist durch das Baulandkataster für ein Bauunternehmen interessant geworden. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass wir durch ein renommiertes Institut in Bezug auf das Baulandkataster ausdrücklich gelobt wurden. Das ist also eine Tatsache, die sich mit dem Baulandkataster als öffentliche Informationsmöglichkeit ergeben hat. Wir müssen jetzt abwarten wie der Antrag von Herrn Röxe behandelt wird. Von mir aus können wir das am 03.09.2018 in die Sondersitzung hinzufügen, dann ist das vielleicht immer noch Zeitnah für mögliche Investoren und wissen alle anderen Dinge, die jetzt noch Fragen sind, soweit beantwortet sind, dass jeder nach gutem Gewissen frei entscheiden kann..

Herr Stadtrat Richter-Mendau:

Ich möchte betonen, dass ich persönlich da keine Verbindungen oder Beziehungen habe und auch die Investoren und Interessenten nicht kenne. Ich habe mir das Grundstück nochmal angesehen, ich war heute nochmal da.

Wenn Herr Dr. Faber meint, dass man für ein unerschlossenes Grundstück, das im Moment als Grünfläche oder Bauerwartungsland bewertet werden muss und sich über 7€ lustig macht, fehlt ihm wahrscheinlich grundlegendes Wissen über die Bodenrichtwerte und die Bewertung solcher Ödländer.

Bevor sie sich positionieren möchte ich ihnen zu bedenken geben, wir haben hier einen Investor, der ein für uns städtebauliches Projekt beabsichtigt hat und somit auch kein kleines Risiko eingeht, wenn hier von 1.000.000€ Erschließung und Straßenbau gesprochen wird, dann müssen wir abwägen gegen ein Angebot, das fiktiv ist, von dem wir nicht wissen, in welchem Umfang der Interessent sein Absichten auch durchsetzt.

Ich möchte sie darum bitten darüber nachzudenken wie wir uns alle fühlen, wenn sich der Investor eine andere Lokalität sucht und dann dort sein Bauvorhaben verwirklicht und wir haben weiterhin diese Brache. – vielen Dank

Herr Stadtrat Dr. Faber:

Zum einen, wenn man ein Angebot hat, das bei 10€/m² liegt, dann ist das ein eindeutiges Indiz dafür, dass man mehr als 7 erzielen kann. Aber meine langjährigen Tätigkeiten im Liegenschaftsausschuss und im Immobilienverband qualifizieren mich sicherlich nicht für eine abschließende Auskunft

Herr Stadtratsvorsitzender Weise:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, liegt uns ein Antrag der Fraktion Linke/Bündnis 90/Die Grünen vor, die Vorlage IV/054 in den nächsten Stadtrat zu verweisen.

Ich würde gern über jede Drucksache einzeln abstimmen lassen.

Wer für das Vertagen der Drucksache ist, bitte ich um das Zeigen der grünen Karte – das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag genehmigt.

Kommen wir nun zur Drucksache VI/775/1, auch hierfür liegt ein Antrag auf Verlegung zum 03.09. vor. Wer dafür ist, bitte ich um das Zeigen der grünen Karte. – Auch wieder Mehrheit

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt.

Dann rufe ich jetzt die Drucksache VI/842 auf – gibt es Redebedarf?

Herr Stadtrat Röxe:

Nachdem wir im nicht öffentlichen Teil die TOP 26 und 27 in den nächsten Stadtrat verschoben haben, macht es, wie der Oberbürgermeister schon gesagt hat Sinn, auch den TOP 20 aus dem öffentlichen Teil in die nächste Stadtratssitzung zu verschieben, da alle 3 Tagesordnungspunkte in einem sachlichen Zusammenhang stehen, deshalb stelle ich den Antrag diesen TOP 20 auf die nächste Stadtratssitzung zu verschieben.

Herr Stadtratsvorsitzender Weise:

Dann kommen wir zu Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Linke/Bündnis 90/Die Grünen ist, diese Vorlage in den Stadtrat am 03.09. zu verweisen, den bitte ich um das zeigen der grünen Karte.

Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.